

Zitat des Tages

Zehn Prozent Einsparung geht immer.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bat gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagausgaben) »je den und jede«, einen Beitrag zur Energieeffizienz zu leisten

Großeinsatz gegen »Köpi«-Aktivisten

Berlin. Die Polizei hat mit einem Großaufgebot in der Nacht zum Sonnabend das Gelände des ehemaligen »Köpi«-Wagenplatzes in Berlin-Mitte geräumt. Aktivisten sollen die Umfriedung umgerissen, Baufahrzeuge und Container bestiegen sowie Transparente aufgespannt haben. Außerdem sollen sie Stacheldraht und Feuerlöcher auf das Gelände geschafft haben. Die Polizei nahm insgesamt 15 Männer und Frauen vorübergehend fest und ermittelte wegen Landfriedens- und Hausfriedensbruchs. Aktivisten veröffentlichten noch am Freitagabend eine Stellungnahme, in der sie die Rückgabe des »Köpi«-Wagenplatzes fordern. Das Camp war bereits am 15. Oktober brutal geräumt worden. Dort lebten Menschen in Bauwagen neben einem seit 1990 besetzten Altbau.

(dpa/jW)

■ Siehe Seite 8

Stadt sagt Gedenkfeier zu »Elbe Day« ab

Torgau. Ihre Gedenkfeier zum 77. Jahrestag der Begegnung von Rotarmisten und US-Truppen an der Elbe hat die Stadt Torgau (Kreis Nordsachsen) abgesagt. »Die aktuelle Lage und die täglichen Ereignisse lassen es geraten erscheinen, eine derartige Zusammenkunft in diesem Jahr nicht durchzuführen«, teilte die Stadt mit Verweis auf den Ukraine-Krieg am Freitag mit. An dem »Elbe Day« am 25. April hatten sonst auch offizielle Vertreter der damaligen Kriegsparteien teilgenommen. Individuelle Kranzniederlegungen am Denkmal der Begegnung sind aber auch in diesem Jahr möglich. (dpa/jW)

Keile gegen Ostermärsche

Bellizisten von Grünen und FDP attackieren Friedensaktivisten, Pazifismus sei »ferner Traum« und diene Interessen Russlands. Von Kristian Stemmler

Pazifismus sei momentan »ein ferner Traum«, belehrte Wirtschaftsminister Robert Habeck die Ostermarschierer und bewies damit vor allem erneut, wie weit sich Bündnis 90/Die Grünen von friedenspolitischen Positionen entfernt haben. Gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Sonnabend) konstatierte er, dass die Ukraine zu unterstützen sei – »auch mit Waffen«. Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff ließ sich sogar zu einem Rückgriff in die Zeit des Kalten Kriegs hinreißen. Mit Blick auf die Ostermarschbewegung erklärte er im WDR: »Die Leute, die solche Märsche organisieren, sind eigentlich keine Pazifisten, sondern die fünfte Kolonne Putins.«

Willi van Ooyen, Sprecher des Ostermarschbüros in Frankfurt am Main, kneterte den Anwurf mit Sarkasmus. »Herr Lambsdorff steht offenbar in einer Familientradition, die noch glaubt, sich für Stalingrad rächen zu müssen«, sagte er am Montag gegenüber *junge Welt*. Der Aktivist wies darauf hin, dass die Teilnehmer der diesjährigen Ostermärsche einhellig den russischen Angriff auf die Ukraine verurteilten hätten. »Aber genauso wurden die aggressiven innenpolitischen Debatten zurückgewiesen mit ihren ständigen Rufen nach Waffenlieferungen für die Ukraine, die den Konflikt nur anheizen«, so van Ooyen.

»Wir sind sehr zufrieden«, zog er eine vorläufige Bilanz der traditionsreichen Proteste. Bis zum Ostersonntag waren bereits Zehntausende Menschen an bundesweit mehr als 130 Orten – etwa in Hannover, München, Duisburg, Stuttgart, Leipzig und Berlin – gegen Krieg und Aufrüstung auf die Straße gegangen. Die Friedensbewegung sehe sich »deutlich gestärkt«, so van Ooyen. Bei den Aktionen sei etwa die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Stopp aller Waffenexporte gefordert worden. Auch der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag und

der Stopp der sogenannten nuklearen Teilhabe durch die Bundeswehr bleiben demnach zentrale Forderungen der Friedensbewegung.

Nördlich von Celle organisierte die »Friedensaktion Südheide« am Sonnabend eine Aktion, die sich gegen einen der großen Profiteure der angekündigten Aufrüstung der Bundeswehr richtete. Der Rüstungskonzern Rheinmetall betreibt dort nahe dem Dorf Unterlüß das mit 50 Quadratkilometer Fläche größte private Erprobungsgebiet in Europa. Einem Friedensgottesdienst folgte ein Friedensmarsch durch den Ort und eine Abschlusskundgebung vor dem Werkstor von Rheinmetall. Insgesamt nahmen rund 100 Aktivisten teil.

Dass die Grünen die Friedensbewegung inzwischen als Gegner sehen, ist keine Überraschung. Vor dem Hinter-

grund des Ukraine-Krieges scheint aber auch die Unterstützung in Teilen der Partei Die Linke zu bröckeln. Das legen zumindest Äußerungen aus dem Bremer Landesverband nahe. Nachdem der Linke-Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann auf dem unter anderem vom »Bremer Friedensforum« organisierten Ostermarsch mit rund 1.200 Teilnehmenden gesprochen hatte, stand seine Rede auf der Homepage der Bremer Linkspartei – dann wurde der Text aber entfernt. Zwei E-Mails, in denen Kollaudensprecher Christoph Spehr den Schritt begründet, liegen *jW* vor. Eine Veröffentlichung der Rede auf der Homepage habe »keinen Informations- und Servicecharakter, sondern ist ein Statement«, schreibt er. Es gebe zum Ukraine-Krieg »sehr unterschiedliche Haltungen in der Partei« und ihrer Anhängerschaft, dar-

um müsse vermieden werden, »hier derart polarisierend aufzutreten«.

Spehr äußerte deutliche Kritik an Pellmann. »Was Sören Reden aber für die Homepage disqualifiziert, ist, dass er gezielt »heißt« und diejenigen, die anderer Meinung sind, schlicht ausgrenzt, indem er ihnen jeden Friedenswillen abspricht und Militarismus unterstellt«, schreibt er. Pellmanns Hinweis auf die kriegsverlängernde Wirkung von Waffenlieferungen weist der Landesprecher brüsk zurück. Auf einer Linie mit Spehr ist Nelson Janßen, Kofraktionschef der Linken in der Bremischen Bürgerschaft. Bei Twitter forderte er am Sonntag Waffenlieferungen an die Ukraine. Dass diese »überhaupt so lange durchgehalten hat«, sei unter anderem internationalen Waffenlieferungen zu verdanken.

■ Siehe Seite 8



»Realpolitikern« ein Dorn im Auge: Friedensdemonstration gegen Wettrüsten und Kriegstreiber am Montag in Berlin

»Me too«-Krise in Die Linke

Bericht: Sexuelle Übergriffe in Hessen. Bundeskvorsitzende Wissler weist Unterstellungen zurück

Die Vorwürfe wiegen schwer. Jetzt sollen Köpfe rollen, wird gefordert. In der Partei

Die Linke soll es auf Landesebene mehrfach zu sexueller Belästigung, Nötigung und Gewalt gekommen sein. Über mutmaßliche Fälle im hessischen Landesverband hatte der *Spiegel* am Freitag online berichtet. Demnach existieren Dokumente, die Hinweise auf »mutmaßliche Grenzüberschreitungen, Machtmissbrauch und eine toxische Machokultur« liefern würden, darunter Chatverläufe, Fotos, E-Mails und eidesstattliche Versicherungen von Betroffenen. Die Bundesprecherin der Linksjugend, Sarah Dubiel, sprach am Sonntag auf Anfrage der *Deutschen Presseagentur* von mehr als 20 weiteren Betroffenen aus mehreren Landesverbänden.

Die Linke in Hessen hatte nach Angaben des geschäftsführenden Landesvorstands ab Ende November 2021 Kenntnis von den Vorwürfen. Man habe seitdem begonnen, diese »auf allen Ebenen aufzuarbeiten«, wie die Landesprecherin noch am Freitag mitteilte. Zur nächsten Sitzung des Landesvorstands am 30. April 2022 sollen eine oder mehrere Vertrauenspersonen

eingesetzt werden. Zudem seien »Gesprächsangebote an Betroffene unterbreitet und ein umfangreicher Verhaltenskodex« beschlossen worden.

»Die Geschehnisse reichen von Sexismus und verbaler Übergriffigkeit bis hin zu sexualisierter Gewalt und der Deckung dieser Taten durch Mitarbeiter:innen, Mandatsträger:innen und Vorstände durch die unterschiedlichen Ebenen sowie Strukturen der Partei«, teilte der Bundesverband der Linksjugend noch am Freitag in einem offenen Brief mit. Die Täter müssten »Verantwortung für ihr Handeln übernehmen«, das gelte auch für die Partei. »Konsequenzen« müssten folgen. Es könne der Linksjugend zufolge »nicht angehen, dass Täter in Strukturen bleiben und durch Vorstände und andere einflussreiche Personen Rückenbedeckung bekommen«. Ähnlich hatte sich Parteivorstandsmitglied Niema Movassat am Freitag per Twitter geäußert. In der Partei dürfe es ihm zufolge »keinerlei Toleranz für Täter geben«.

Am Sonnabend legte der *Spiegel* nach und wählte dabei in schmutzi-

ger Wäsche. Ziel: die heutige Linkskvorsitzende Janine Wissler. Sie sei in einen der Fälle involviert. Dabei gehe es um die Affäre von Wisslers damaligem Lebensgefährten mit einer deutlich jüngeren Genossin. Der Mann sei Kreisvorsitzender und Mitarbeiter der hessischen Landtagsfraktion gewesen und habe die junge Frau sexuell bedrängt. Auf Hinweise und Hilferufe habe Wissler nicht oder zumindest nicht rechtzeitig reagiert, so der Vorwurf.

In einer noch am Freitag veröffentlichten persönlichen Erklärung wies die Koparteichefin dagegen Unterstellungen entschieden zurück, sie hätte schon vor November 2021 bzw. dem Jahreswechsel 2021/2022 »Kenntnis über Vorwürfe von sexueller Belästigung und Machtmissbrauch« gehabt. Sobald sie von Fällen erfahren hatte, sei sie »sofort tätig geworden«. Wissler scheint spätestens jetzt auf der Abschussliste so mancher Vertreter des rechten Flügels der Partei – und ihrer Nachwuchsorganisation – zu stehen.

Mark Bebenroth

anders.

Jetzt das
jW-Onlineabo
bestellen!

jungewelt.de/onlineabo • Tel.: 0 30/53 63 55 80